

„Die Herausforderung ist kaum noch zu bewältigen“

Zum Halbjahr 2016 ziehen Antje Arndt und Zissi Sauermann als Projektleiter_innen der Mobilien Opferberatung eine alarmierende Bilanz der aktuellen Situation für Betroffene rechter Gewalt.

Im Jahr 2015 hat die Mobile Opferberatung doppelt so viele Angriffe wie im Vorjahr registriert. Was bedeutet dieser Anstieg für die Arbeit der Berater_innen?

Sauermann: Wir stehen vor einer kaum noch zu bewältigenden Herausforderung. Denn trotz der enorm gestiegenen Bedarfe sind unsere Ressourcen noch immer nahezu auf dem Stand von 2014. Dieser Fall-Anstieg um knapp 100 Prozent bedeutet, dass wir inzwischen unsere Qualitätsstandards nicht mehr einhalten können sowie unsere Angebote einschränken mussten. Wir konzentrieren uns seit Monaten fast ausschließlich auf die akute Beratungs- und Unterstützungsarbeit und mussten weitere wichtige Aspekte unserer Arbeit auf ein Minimum reduzieren. Und trotzdem haben wir derzeit einen derartigen Stau an Fällen und dringlichen Aufträgen, dass wir beispielsweise für viele Betroffene die Anträge auf Billigkeitsentschädigung beim Bundesamt für Justiz zurückstellen mussten.

Arndt: Um es noch konkreter zu machen: Wir können oft keine zeitnahen Beratungstermine mehr vergeben oder nur noch eingeschränkt in Zweierteams und aufsuchend arbeiten. Auch gewünschte Begleitungen zu Behörden oder zu Ärzt_innen sind nicht immer realisierbar. Zudem haben wir viel zu wenig Zeit für Öffentlichkeitsarbeit oder für Recherchen zu Fällen rechter Gewalt, durch die wir in der Vergangenheit vielen Betroffenen von uns aus Unterstützung anbieten konnten. Diese Menschen – oftmals sind es diejenigen, die am wenigsten Zugänge zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten haben – erreichen wir derzeit kaum noch. Eine weitere Konsequenz dessen ist, dass die Zahl nicht-bekannter Angriffe immer größer wird. Stärker spürbar ist zudem, dass insbesondere Geflüchtete nach rassistischen Angriffen kaum von sich aus zur Polizei gehen: aus Unsicherheit hinsichtlich ihrer Rechte und Möglichkeiten, aufgrund sprachlicher Hürden oder fehlenden Vertrauens. Zu uns sagen Betroffene aber auch, dass sie auf Strafanzeigen verzichten, weil sie auf keinen Fall auffallen und einfach nur in Frieden leben wollen.

Sauermann: Umso wichtiger ist es natürlich, dass sich die Betroffenen – und ihre Unterstützer_innen – weiterhin an die Mobile Opferberatung wenden; denn auch wenn unsere Ressourcen am Limit sind, wollen wir niemanden mit den Folgen rechter und rassistischer Gewalt alleine lassen.

Wo ist der Anstieg am deutlichsten sichtbar? Und wie wirkt sich das auf Eure Arbeit aus?

Sauermann: Bei den von Rassismus Betroffenen und insbesondere bei den vielen Geflüchteten, die wir beraten und begleiten. Parallel ist auch die Zahl derjenigen gestiegen, die uns ohnehin kennen und in den letzten zwei Jahren zunehmend ins Visier von Neonazis und organisierten Rassist_innen geraten sind, weil sie sich für Geflüchtete engagieren oder öffentlich gegen rassistische Hetze stellen.

Arndt: Nach Angriffen - beispielsweise auf Flüchtlingsunterkünfte - gibt es oft einen hohen Koordinierungsaufwand und einen großen Beratungsbedarf, weil wir mit vielen unterschiedlichen Betroffenen und oft auch schlechten Bedingungen vor Ort konfrontiert sind. Wir benötigen dann beispielsweise oft mehrere Dolmetscher_innen, die nicht so leicht zu finden sind; außerdem sind wir fast immer mit mehreren Berater_innen involviert.

Sauermann: Und schon jetzt ist klar: Je mehr Betroffene wir im vergangenen Jahr und in diesem Jahr beraten, desto mehr Zeit werden wir in 2017 und 2018 für die Prozessbegleitungen benötigen. Denn es dauert oftmals Jahre, bis Gerichtsverfahren stattfinden oder endgültig beendet sind. Wenn dann endlich ein Gerichtsprozess ansteht, müssen wir auch verlässlich Zeit dafür zur Verfügung haben, die Betroffenen zu Anwaltsgesprächen und zu den Verhandlungen begleiten zu können.

Welche Reaktionen gibt es von politisch Verantwortlichen, wenn die Mobile Opferberatung auf ihre Überlastung hinweist?

Arndt: Diejenigen Politiker_innen, mit denen wir darüber gesprochen haben, sehen zwar das Problem, aber haben uns bislang hingehalten bzw. verweisen aktuell auf die Mittelaufstockung des Bundesprogramms ab 2017. Gerade aber auch die politisch Verantwortlichen im Land Sachsen-Anhalt haben wir immer wieder auf die prekäre Situation hingewiesen, ohne spürbare Resultate. An anderen Stellen, wo es Bedarf gibt, hat das Land ja auch Geld in die Hand genommen – beispielsweise im Bereich Integration. Aber obwohl alle um die erhebliche Zunahme rassistischer und rechter Gewalt seit mehr als eineinhalb Jahren wissen, werden die Betroffenen von der Politik im Stich gelassen – indem man eine professionelle und angemessene Unterstützung der Opfer rechter Gewalt nicht ausreichend finanziert.

Sauermann: Manchmal fragen wir uns, ob es politisch gewollt ist, dass auch ausgerechnet diejenigen unserer Aufgaben, die am unbequemsten sind, jetzt wegfallen. Wenn wir und unsere Partnerprojekte in den anderen Bundesländern zum Beispiel keine Ressourcen mehr für unabhängige Recherchen haben, dann sinken natürlich die von uns erfassten Angriffszahlen – und es gibt kein Korrektiv mehr zu den offiziellen Statistiken und Zahlen.

Was wäre notwendig, damit die Mobile Opferberatung weiterhin eine angemessene Unterstützung gewährleisten kann?

Arndt: Wir bräuchten mindestens eine Verdoppelung des Personals und der entsprechenden Sachmittel, also pro Anlaufstelle mindestens eine Vollzeitstelle mehr.

Sauermann: Momentan arbeiten ausgehend von unseren drei Anlaufstellen in Magdeburg, Salzwedel und Halle zwei Berater_innen jeweils lediglich auf Teilzeitstellen. Dazu gibt es eine Projektleitungsstelle, die wir uns teilen. Weil das Kontingent unserer bezahlten Arbeitszeit bei weitem nicht ausreicht, leisten wir inzwischen vieles ehrenamtlich. Das ist – nicht zuletzt aus fachlicher Sicht im Sinne der Klient_innen und Kolleg_innen – ein auf Dauer untragbarer Zustand.

Arndt: Und dass die Mobile Opferberatung nicht auf Twitter oder Facebook präsent ist, liegt nicht daran, dass wir die sozialen Medien nicht nutzen, sondern weil wir schlichtweg nicht die Ressourcen haben, unsere Präsenz dort aufzubauen und sie dann auch zu pflegen.

Und wie sieht die Entwicklung im ersten Halbjahr 2016 aus? Eskaliert die rechte Bedrohung noch weiter?

Arndt: Derzeit ist die Situation regional sehr unterschiedlich. In Halle beispielsweise sind die Angriffe in ihrer Anzahl und Gewalttätigkeit unverändert hoch – das haben wir zuletzt bei den beiden Angriffen auf alternative Jugendliche und junge Erwachsene auf der Ziegelwiese Anfang Mai und Anfang Juni gesehen, wo zwei Betroffene jeweils mit Messern attackiert und potenziell lebensgefährlich verletzt wurden.

Sauermann: Das vergangene Jahr war dadurch geprägt, dass im Vorfeld der Landtagswahlen an jedem Wochenende Kundgebungen oder Aufmärsche gegen geplante und neue Flüchtlingsunterkünfte stattfanden. Traurige Höhepunkte dieser vor Ort sehr dominanten rassistischen Mobilisierungen waren dann vielfach, wie beispielsweise in Tröglitz, Brandanschläge oder schwere Sachbeschädigungen. Weil die Anzahl der Nein-zum-Heim-Aufmärsche derzeit geringer ist, kann der Eindruck entstehen, dass der Druck auf der Straße nachgelassen hat. Aber das täuscht: Die rassistischen Diskurse werden weitergeführt – in den sozialen Medien oder den Stadtteilen.

Arndt: Zudem dauert es manchmal Wochen, bis die Polizei Vernehmungstermine für die direkt Betroffenen und Zeug_innen macht; nicht selten bekommen die Betroffenen lediglich schriftliche Anhörungsbögen zugeschickt. Von unzureichenden Ermittlungen oder der langen Dauer zwischen

der Tat und einer möglichen strafrechtlichen Ahndung profitieren fast immer die Täter_innen: Sie werden milder bestraft oder gar nicht erst ermittelt.

Welche Befürchtungen sind mit dieser Entwicklung verbunden?

Arndt: Wir befürchten, dass die „blinden Flecken“ wachsen werden: Also die Orte, in denen die Mobile Opferberatung aufgrund mangelnder Ressourcen nicht präsent sein kann und die Betroffenen rechter Gewalt sich nicht (mehr) oder erfolglos an die Strafverfolgungsbehörden wenden. Gleichzeitig befürchten wir, dass wir auch andernorts Entwicklungen wie in Burg sehen werden, d.h. Geflüchtete werden in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld angegriffen und niemand kann für ihren Schutz garantieren. Da ist leider noch viel Eskalationspotential.

Sauermann: Zudem wachsen das Selbstbewusstsein und die Militanz der extremen Rechten und rassistischen Gelegenheits- und Überzeugungstäter_innen mit jedem Angriff und jeder Gewalttat, für die die Täter_innen nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Die Rede ist immer wieder von einem erheblichen Wahrnehmungsdefizit der Behörden bei der Anerkennung rechter Tatmotive: Wie sieht das konkret aus?

Arndt: Der Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz ist ein gutes Beispiel, denn aufgrund der Umstände ist einfach nicht nachvollziehbar, warum das LKA die Tat bis heute nicht als „politisch rechts motiviert“ führt – auch wenn kein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte. Zumal es in einem sehr vergleichbaren Fall in Nauen in Brandenburg nach einem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in einer Turnhalle, von den Behörden eine ganz andere Reaktion gab: Dort wurden fünf Tatverdächtige aus der extremen Rechten, die zuvor dort auch Nein-zum-Heim Aufmärsche organisiert hatten, auch erst ein Dreivierteljahr nach der Tat ermittelt. Aber das LKA Brandenburg hat die Tat von Anfang an als politisch rechts motiviert registriert.

Sauermann: Tröglitz ist nur ein prominentes Beispiel dafür, dass die Polizei weiterhin zahlreiche eindeutige Fälle nicht als PMK-Rechts wertet. So wurde beispielsweise der Angriff von sechs polizeibekanntem Rechten im Juli letzten Jahres in Halberstadt, die Parolen rufend Steine auf eine Notunterkunft für Geflüchtete geworfen und dabei eine DRK-Helferin verletzt hatten ebenso wenig als PMK-Rechts gewertet wie ein brutaler Angriff in Bitterfeld im April 2015: Neonazis überfielen eine Wohnung und verletzten statt des Punks, den sie dort vermuteten, einen Rentner schwer. Hinzu kommen Angriffe bei rechten Aufmärschen auf Journalist_innen. Nicht nur, dass sie vor Ort nicht geschützt werden, sondern sie werden von Polizeibeamt_innen häufig als Störfaktor wahrgenommen. Und diese Haltung setzt sich in der Nicht-Anerkennung der Motive für die Angriffe fort.

Und welche Entwicklung macht der Mobilen Opferberatung gerade am meisten Sorgen?

Arndt: Bei einigen Angriffen seit Jahresbeginn waren es wirklich nur glückliche Zufälle, dass die Betroffenen überlebt haben. Es gibt derzeit viele Menschen in Deutschland, die sich nicht mehr frei bewegen können, weil sie nicht ins rechte Weltbild passen und daher damit rechnen müssen, wegen ihrer Hautfarbe, ihres Aussehens, ihrer Meinung Opfer schwerster Gewalttaten durch rassistische Gelegenheitstäter_innen oder überzeugte Neonazis zu werden. Die Gewöhnung an diese Intensität von rechter Gewalt wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen.

Sauermann: Mir macht große Sorgen, dass die Solidarität mit Geflüchteten komplett an die Zivilgesellschaft abgegeben wurde und die Bundesregierung demgegenüber massive Gesetzesverschärfungen beschlossen hat, die einer Entsolidarisierung mit diversen Gruppen von Schutzsuchenden gleichkommen. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, die es Geflüchteten ermöglichen, in Deutschland eine sichere Zuflucht zu finden und zu gestalten. Dazu gehören auch die angemessene Ausstattung der spezifischen Opferberatungsprojekte und ihre flächendeckende Verankerung.